

# (K)Eine Chance für die Atomkraft?

Gezerre um Laufzeiten, Gejammer um Extraprofite, Geschacher um die Sicherheit: Schwarz-Gelb fehlt ein Energiekonzept

Sechs Monate hatten die CDU/CSU und FDP Zeit, um sich über die künftige Energiepolitik zu verständigen. Herausgekommen ist eine schwarz-gelbe Kakophonie und Handlungsstarre. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle versprach den AKW-Betreibern gleich nach dem Wahlsieg einen zügigen Beschluss über längere Laufzeiten. Er verlangte als Gegenleistung aber mehr als die Hälfte der zusätzlichen Gewinne aus der Deregulierung von Laufzeiten für den Staatshaushalt. In einer Reihe von Interviews verblüffte hingegen Bundesumweltminister Norbert Röttgen: Die Atomkraft dürfe kein „Alleinstellungsmerkmal“ der CDU sein. Die Bundesre-

gierung werde bis zum Herbst darlegen, wie die Reaktoren schrittweise durch erneuerbare Energien abgelöst werden sollten.

Die gesellschaftlichen Widerstände gegen die Atomkraft seien zu groß, erklärte Röttgen. „Kernenergie hat auch nach vierzig Jahren keine hinreichende Akzeptanz in der Bevölkerung.“ Deshalb dürfe die Union ihren Erfolg nicht davon abhängig machen, dass Kernkraftwerke störungsfrei laufen.

Rückendeckung erfuhr Röttgen vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU) und der Bundeskanzlerin: Atomkraft sei eine „Brückentechnologie“. Im

Berliner Koalitionsstreit um einen rascheren Atomausstieg hat sich Jürgen Rüttgers (CDU) hinter Norbert Röttgen (CDU) gestellt. Die Politik sei nicht frei, irgendeinen neuen Auslaftermin für Atomkraftwerke festzulegen. Es gebe eine gesetzliche Obergrenze für die Verlängerung, sagte Rüttgers.

Den offensichtlichen Wink, nach den Landtagswahlen im Mai in Nordrhein-Westfalen nach Hamburg ein weiteres schwarz-grünes Bündnis zu schmieden, wies Rüttgers artig zurück, er wolle in der nun entfachten Energiedebatte kein Signal der CDU an die Grünen vor der Landtagswahl sehen: „Dabei geht es nicht um Parteipolitik, sondern um eine möglichst breite Akzeptanz in der Bevölkerung.“

Die gibt es aber nicht, könnten wir jetzt den alerten Bundesumweltminister zitieren. Der mochte zwar kein Datum für das Abschalten von Kraftwerken nennen, dafür nannte er das Ziel: „Der Ökostromanteil muss von heute noch 16 auf 40 Prozent ansteigen, dann ist es soweit. Selbst nach den skept-



Foto: hlz

24.4.: Die Kette in der Hafenstr. fädelt sich langsam auf

tischsten Annahmen ist das 2030 der Fall.“ Im Klartext: er plädierte für eine Laufzeitverlängerung der Meiler um 8 Jahre. Der Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) rechnete auch und kam zu dem Ergebnis, dass dieses Ziel schon fünf Jahre früher, 2025 erreichbar wäre. Das war einmal, denn der „grüne Schwarze“ bzw. „Mutti Bester“, wie er in Berliner Journalistenkreisen getitelt wird, erntete für seine Gedankenspiele in Interviews mit großen deutschen Tageszeitungen heftigen Widerspruch von Seiten der FDP, der CSU und des Wirtschaftsflügels seiner eigenen Partei. Schließlich wurden ihm Hausaufgaben aufgegeben:

ren Nachrüstung viel zu teuer geworden wäre. Der rot-grüne „Atomkompromiss“ erwies sich als Bestandsgarantie für die Atomkraftwerke, die Konzerne konnten durch die Übertragbarkeit von Stromkontingenten die Meiler durch das wechselnde politische Fahrwasser schippern und – sofern ein älteres AKW steuerlich abgeschrieben war – täglich 1 Mio. Euro kassieren.

Jetzt stehen aber einige „Brocken“ an, denn ob die Nachrüstung der Reaktoren aus den siebziger Jahren sich rechnet – dazu gehören die Siedewasserreaktoren Brunsbüttel, Isar 1, Philippsburg und Krümmel sowie die Druckwasserreaktoren Biblis A und B, Neckarwestheim

das Ende der Atomkraft auf die Straße gegangen sind.

### Extraprofiten? – Erst einmal mäßig

Der Staat kann bei einer Regulierung der Laufzeiten vorerst nur mit geringen Einnahmen aus den Zusatzgewinnen der Energiekonzerne rechnen. Selbst bei einer Abschöpfung des Großteils solcher Gewinne seien in dieser Legislaturperiode im Schnitt 300 Millionen Euro pro Jahr zu erwarten, berichtete die „Berliner Zeitung“ unter Berufung auf eine Studie der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). Die Analysten gehen davon aus, dass Nachrüstungsinvestitionen von 3,2 Milliarden Euro für einen Weiterbetrieb alter Atomkraftwerke nötig seien. Selbst der Krümmel-Betreiber Vattenfall setzt derzeit auf den Weiterbetrieb und hat nach den technischen Pannen (Brand und Kurzschluss) neue Transformatoren bestellt. Die notwendigen Investitionen zur Ertüchtigung der alten AKW senken die Gewinne unter dem Strich auf 1,8 Milliarden Euro in den kommenden vier Jahren. Davon könnte der Staat laut Studie über den gesamten Zeitraum verteilt vielleicht 1,2 Milliarden abschöpfen. Der Großteil der kalkulierten Zusatzgewinne sei erst ab 2014 zu erwarten, hieß es in dem Bericht weiter. Sie beliefen sich der Studie zufolge auf 37,5 Milliarden Euro, von denen 24,4 Milliarden auf den Staat entfallen könnten. Hier liegt auch der Grund dafür, dass Röttgen nun nachsitzen und nachrechnen muss. Eine zehn Jahre längere Laufzeit für die ältesten sechs Atomkraftwerke spülten 11,9 Milliarden Euro in die Kassen von RWE, E.on und EnBW. Denen gehören die sechs ältesten Reaktoren: Neckarwestheim I, Philippsburg I, Isar 1, Brunsbüttel, Biblis A und B. Würde auch die Laufzeit des jüngeren



Generationenübergreifende Suche – bisher ohne Erfolg

Er muss durchrechnen, welche wirtschaftlichen Vorteile eine Betriebsdauer von bis zu 60 Jahren für die Atomstromproduzenten und den Fiskus herausbringen.

### Ausstieg? – Nie!

Der „Ausstieg aus dem Ausstieg“ erschrickt die Atomkraftgegner nicht, denn in den acht Jahren, in denen der angebliche Atomausstieg stattfinden sollte, hat es nur zwei kleinere Kraftwerke gegeben, die stillgelegt wurden, Obrigheim und Stade, unter anderem, weil de-

1 und Unterweser –, ist mehr als zweifelhaft. Kritiker wagen die Prognose: der Atomausstieg wird unter Schwarz-Gelb eher Fahrt aufnehmen, so wie die Proteste gegen den blanken Atom-Lobbyismus schon lange in Fahrt gekommen sind. Das Gezerre in der Atompolitik, die Zielrichtung, Extraprofiten gegen die Sicherheit, Atomstrom gegen die Regenerativen zu setzen, die ungelöste Atommüllproblematik mit dem Weitermachen in Gorleben zu stemmen, elektrisiert viele Menschen, die in den vergangenen 30 Jahren für

Pannenreaktors Krümmel verlängert, erhöhte sich die Summe um 2 Milliarden Euro, die sich die Besitzer Vattenfall und E.on teilen müssten.

Interessant ist, dass die Analysten nach der Bundestagswahl alle Aktien der Atomstromkonzerne auf „Kaufen“ hochgestuft haben - mit zum Teil erheblichem Kurspotenzial von über 30 Prozent. Vor der Wahl waren lediglich die Aktien von E.on auf „Kaufen“ gestuft. Die Analysten schreiben jedoch: „Solange die Details nicht verbindlich geregelt sind, dürfte der Markt in Wartestellung verharren“.

### Schwarz-gelbe Steilvorlage für die Anti-AKW-Bewegung

Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen setzen in ihrer Kritik an der Atomkraft originär an der mangelnden Sicherheit und der ungelösten Atommüllproblematik an. Für sie ist der Kurs von Schwarz-Gelb auf dem Hintergrund pekuniärer Verteilungskämpfe von daher eine Steilvorlage. Das Sicherheitsniveau solle sich nach der Wirtschaftlichkeit richten und nicht danach, welche objektiven Risiken bestehen. Sicherheit ist nicht verhandelbar. Jochen Stay von der bundesweit agierenden Initiative: „Wer mit einem schrottreifen Auto beim TÜV vorfährt, kann ja auch nicht anbieten, zukünftig mehr KFZ-Steuer zu zahlen, um eine neue Plakette zu bekommen.“

Nach dem Treck der Bauern aus dem Wendland und der großen Anti-Atom-Demonstration am 5. September in Berlin sind die Aktivitäten der Atomkraftgegner nicht abgerissen. Schon die Koalitionsverhandlungen von Schwarz-Gelb waren von dauerhaftem Protest begleitet, bis zu über 1000 Menschen beteiligten sich am anti-nuklearen Warmlaufen, das größte Transparent der Bewegung wurde in Berlin genäht. Vorläufiger Höhepunkt war die 120 Kilometer



Foto: Michael Forke

### Sicherheit ist nicht verhandelbar! Wolfgang Ehmke vor dem AKW-Krümmel

umspannende Menschen- und Aktionskette am 24. April zwischen den AKWs Brunsbüttel und Krümmel mit rund 120.000 Teilnehmern. Nach dem Modell des Niedersachsenaufrufs von Parteien, Gewerkschaften und Umweltverbänden wurde diese Aktion von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis wie der IG Metall Küste, der GEW, der SPD, Linken, Grünen und Umweltverbänden beworben. Gleich danach richten wir im Wendland den Fokus auf die Atommüllproblematik. Nach der Havarie in den beiden Atommüllendlagern Asse II und Morsleben, nachdem immer mehr behördeninterne Akten auf den Tisch kommen, die belegen, dass es in Gorleben nie ein wissenschaftliches Auswahlverfahren gab und dass

negative Erkundungsergebnisse in den 80er Jahren geschönt wurden, um diesen Standort für die unterirdische Atommülllagerung durchzuboxen, kanten wir zurück: am 5. und 6. Juni lebt der Geist von 1004, des Hüttendorfs in Gorleben nach 30 Jahren wieder auf mit einer großen Wiedersehensparty und der Umzingelung des „Schwarzbaus Gorleben“. Im Herbst, beim nächsten Castortransport ins Elbdorf, wird die Abstimmung mit den Füßen gegen die Atompolitik von Schwarz-Gelb und der Einbahnstraße Gorleben organisiert. Die Straße lebt, von wegen Akzeptanz.

WOLFGANG EHMKE  
Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.  
und GEW Kollege



Foto: Michael Forke

## Damals ist heute

Nach 30 Jahren steht das Freundschaftshaus nun wieder – Symbol für Durchhaltewillen und Hoffnung in der Republik Freies Wendland.

Als am 3. Mai 1980 ein vielköpfiger Zug von Trebel aus in den Gorlebener Wald zog, dorthin, wo die Tiefbohrung 1004 geplant war, lachte die Sonne. Und es lachten die Protestler. Sie folgten nämlich der Bekanntmachung des Untergrundamtes 3131 Gorleben-Soll-Leben, Postfach 1004, um einen Platz zu besetzen, und natürlich wurde als erstes ein *Freundschaftshaus* gebaut. Das sind Orte jener merk-würdigen Verquickung von Protest und Lebensfreude, Aufbegehren und Begegnung, mit ihrem Mix aus Vortrag, Palaver und Kulturprogramm. Das hat Tradition. Das erste Freundschaftshaus wurde bei der Platzbesetzung im Wyhler Wald errichtet. Nach

jahrelangen Auseinandersetzungen, Demonstrationen und Grenzblockaden stürmten im Februar 1975 nach einer Kundgebung mit 28.000 Teilnehmer/innen Tausende das Baugelände und besetzten den Platz - es war die „Geburtsstunde“ der Anti-Atom-Bewegung.

Viele Geburtshelfer gab es. Da war die Bewegung in den 50er Jahren gegen den Atomtod, gegen die drohende atomare Bewaffnung der Bundeswehr und die Gefahren der Proliferation der Atomtechnologie, die ihren militärischen Ursprung gern verleugnete. Schließlich war da die Studentenrevolte mit ihren Happenings: den Sit- und Go-, den Love- und Teach-Ins.

Die Freie Republik Wend-

land, das Hüttendorf auf der Tiefbohrstelle 1004 über dem Salzstock Gorleben, war das herausragende Beispiel einer Symbiose von Kunst und Wissen/schaft. Jo Leinen hielt einen Vortrag über *Friede und Ökologie*. Das Puppenspiel *Die Bundschuhbauern* wurde aufgeführt. Walter Mossmann kam und blieb auf 1004 und kreierte das *Gorlebenlied*. Es gab ein eigenes Radio, es wurde gefilmt und es gab und gibt Filme über die Platzbesetzung, jene sechs Wochen „anarchistischen Frühlings“ im Mai und Juni 1980. Es gab Dichterlesungen mit Klaus Schlesinger, Wolf Biermann war da und der Juso Gerhard Schröder. Es gab Rock, Folk und Blues, Schweine, Hühner, eine Solaranlage, ein Frauenhaus und wo man hinhörte: Diskussionen. Beim Zähneputzen, Abwaschen und auf dem Donnerbalken. Über Demokratie und Polizeigewalt, über Halbwertzeiten und Bohrerergebnisse. Es war ein (Über-) Lebensdorf und nachhaltig, nicht nur in den

Parolen, die bis heute Bestand haben: *Atomkraft nein - danke* mutiert nämlich zu *Sonnen-, Wind- und Wasserkraft - ja bitte*. Das Leben auf 1004 war gelebter Widerstand.

Dass Begriffe wie 1004 nicht abgegriffen sind, liegt nicht nur am anhaltenden Widerstand im Land gegen die Atomkraft und Gorleben als nuklearem Endlager. Es liegt an der politischen Tagesaktualität. Erst im Sommer 2009 flog auf, dass nach Auswertung der Tiefbohrungen, zu denen 1004 gehörte, im Mai 1983 auf Weisung der Bonner Regierung unter Helmut Kohl Akten der federführenden Behörde, der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, geschönt wurden. Bedenken wurden entschärft, die Empfehlung, andere Standorte zu untersuchen, wurde gestrichen. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss in Berlin ist jetzt mit diesen

Vorgängen befasst. Auf diesem schwankenden Grund bewegt sich der Ausbau eines Bergwerks im Gorlebener Salz als Endlager für hochradioaktive Abfälle. Und derzeit vergeht kein Tag, an dem in den Medien nicht über den Prototyp von Gorleben, das absaufende Atommüllendlager Asse, und Gorleben berichtet wird. Denn die Wahl Gorlebens geschah gegen wissenschaftlichen Rat, daran knüpft heute Norbert Röttgen (CDU), der „grüne Schwarze“, an, er tarnt die Absicht, Gorleben nach dem 10jährigen Moratorium weiter auszubauen, mit dem Begriff „Erkundung“, die aber ist alternativlos – ergebnisoffen. Da sehen wir aber schwarz für ihn.

Da lachen die Protestler: Ein *Freundschaftshaus* in Gorleben steht schon wieder, die Bauern haben es gebaut. Fast jeden Sonntag wird am Schwarzbau Gorleben demonstriert, je-

den Sonntag halten Christen im Wald eine Andacht. 2009 treckten wir nach Berlin, am 21. April treckten wir nach Krümmel. Wir brauchen sie immer noch, die Freundschaftshäuser, solange der Kampf gegen die Atomkraft nicht gewonnen und Gorleben nicht zu Fall gebracht wurde. Am 4. und 5. Juni, 30 Jahre nach der Räumung von 1004, sind wir alle wieder da. Die „alten“ Junggebliebenen von 1980, die „jungen“ Kluggewordenen der letzten Jahre. Rock, Blues, Filme und ein Wiedersehen wird es geben, wir tanzen, klönen, diskutieren und - umzingeln den Schwarzbau. Wie hieß es damals? „Turm und Dorf könnt Ihr zerstören, aber nicht unsere KRAFT, die es schuf!“ Damals ist heute.

WOLFGANG EHMKE



Heute wie damals: Atommüllfreies Wendland